



Hauptstadt-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

genau diesen Mut, eine Amtszeit selbstbestimmt zu beenden, habe ich mir von und für Angela Merkel gewünscht. Sie hat der CDU damit die Chance eröffnet, inhaltlich neuen Mut zu schöpfen und den längst gestarteten personellen Erneuerungsprozess zu finalisieren. Die CDU wird im Dezember in kürzester Zeit neue inhaltliche Akzente und neue Köpfe bieten. Zugetraut hat man es uns nicht. Deshalb ich bin froh, gerade jetzt Mitglied einer Partei zu sein, die auch in schwierigen Zeiten die richtigen Entscheidungen trifft.

Die anstehende personelle Entscheidung treffen die Delegierten auf dem Bundesparteitag. Deshalb wünschte ich mir, dass alle in der CDU auf den Funktionärebene nicht im Vorfeld Stimmung gegen eine(n) der Kandidaten machen. Festlegungen „von oben“ reißen nur wieder alte Wunden auf, die wir gerade erst mühsam heilen lassen. Eine Polarisierung könnte für die Kandidaten sogar schädlich sein. Überlassen wir es den Dreien und der Einschätzung der 1000 Delegierten. Dann kommen wir zu einem guten Ergebnis, da bin ich mir sicher.

Ich werde mir bis zum Schluss ein umfängliches Bild machen und mich mit den CDU-Mitgliedern aus meinem Wahlkreis auseinandersetzen, um im Dezember unter Abwägung aller Argumente die richtige Entscheidung als Delegierter zu treffen!

UN-Migrationspakt unterm Strich richtig

Der Globale Pakt für eine gesicherte und geordnete Migration, der im Dezember von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unterzeichnet werden soll, hat in den vergangenen Tagen für viele Diskussionen gesorgt. Ich muss zunächst betonen, dass wir bereits im April dieses Jahres im Bundestag eine Debatte über den GCM geführt haben - die Diskussion läuft also längst nicht mehr unter dem Radar der Öffentlichkeit.

Auch im Europaparlament ist der GCM zu Beginn dieses Jahres debattiert worden. Der Entstehungsprozess hat bislang offensichtlich nicht das breite Interesse der Medien erregt. Dass sich dies jetzt - auch durch eine hanebüchene Gegenkampagne der AfD - gewandelt hat, ändert für mich nichts daran, eine lebhaftige Debatte zum Globalen Pakt unter Berücksichtigung der Faktenlage zu begrüßen!

Mit dem Globalen Pakt können wir unser klares Interesse an einer Selbstverpflichtung der anderen Länder in der Migrations-Zusammenarbeit manifestieren. Gerade die Bundesrepublik Deutschland muss ein großes Interesse daran haben, mit diesem Grundsatzdokument die internationale Migrationsordnung zu stärken. Besonders bei den Themen Rückführung, Identitätsfeststellung, Bekämpfung illegaler Migration stelle ich fest, dass ein globaler Pakt mit geordneten Regeln und Standards gerade für Deutschland von Vorteil ist. Durch unsere im weltweiten Vergleich hohen Gesundheits-, Sozial- und Bildungsleistungen sind wir Hauptzielland für Migration. Mit dem Pakt haben wir die Chance, Druck von Deutschland zu nehmen, weil andere Länder sich unseren Standards annähern werden.

Überdies können wir als Bundesrepublik Deutschland die Menschen, die in Folge von Kriegen oder kriegsähnlichen Zuständen migrieren, nicht einfach ignorieren. Genau diese Vogel-Strauß-Haltung der Staatschefs u.a. aus Ungarn, Italien und den USA, die das Rahmendokument zur umfassenden globalen Zusammenarbeit von Herkunfts-, Transit- und Zielländern bei der Steuerung von Migrationsprozessen nicht mittragen möchten, vergrößert die weltweiten Probleme. In diese rechtspopulistische Phalanx dürfen wir uns meiner Ansicht nach nicht einreihen.

Ihr


Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

KURZ BERICHTET

Neue Rentenreform tritt 2019 in Kraft

Das „Rentenpaket“ bündelt eine ganze Reihe von Verbesserungen für Rentner. So wird etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind, erhöht. Das Gesetz schafft Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führt zwei Haltelinien ein, die das Rentenniveau nach unten und den Beitragssatz nach oben abgrenzen. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen angehoben wird. Die Leistungen des Pakets, das in dieser Woche mit Mehrheit im Bundestag beschlossen wurde, sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Familientlastungsgesetz beschlossen

Familien, aber auch alle anderen steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger werden bis 2022 um fast 35 Milliarden Euro entlastet. Das Kindergeld wird ab dem 1. Juli 2019 um zehn Euro angehoben. Das monatliche Kindergeld beträgt damit für das erste und zweite Kind zukünftig 204 Euro. Der Kinderfreibetrag steigt auch entsprechend. Zusätzlich werden Familien - aber auch alle anderen Steuerpflichtigen - durch die Anhebung des Grundfreibetrages und den Abbau der kalten Progression entlastet. Der Grundfreibetrag für alle Steuerpflichtigen steigt bis zum Jahr 2020 auf 9.408 Euro. Das ist eine Erhöhung um 408 Euro. Durch die Maßnahmen ergibt sich eine jährliche Entlastung der Steuerzahler von knapp zehn Milliarden Euro.



Junge Bürger aus Weil am Rhein in Berlin

Eine Gruppe Auszubildender der Stadtverwaltung Weil am Rhein besuchte Armin Schuster im Reichstagsgebäude in Berlin. Der Bundestagsabgeordnete stand den sehr interessierten Jugendlichen Rede und Antwort. Eine breite Themenpalette u.a. Wohnungsbau in Weil am Rhein, Breitbandausbau und Ausbildungsvergütung standen im Fokus der Diskussion.

Arbeitslosenquote auf Tiefstand

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53 000 auf 2,2 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 185 000 Jobsuchende weniger, wie die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent.

Bundestag verabschiedet Pflegepersonalreform

Das Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeheimen wird aufgestockt. Pflegekräfte erhalten bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Das ist der Kern des sogenannten Pflegepersonalstärkungsgesetzes, das der Bundestag jetzt verabschiedet hat. Das Gesetz, auch bekannt unter dem Namen „Sofortprogramm Pflege“, umfasst ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die den Pflegekräften Entlastung bringen und den Beruf attraktiver machen soll. So werden in der stationären Altenpflege 13.000 Stellen zusätzlich von den Krankenkassen finanziert. Von 2019 an wird jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle am Patientenbett vollständig von den Kassen refinanziert. Ab dem Jahr 2020 werden den Krankenhäusern in ländlichen, strukturschwachen Gebieten zusätzlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit soll eine ausreichende medizinische Versorgung für die Menschen garantiert werden, die in dünn besiedelten Gebieten leben.

TERMINHINWEISE

9. November 2018

Heimat und Kulturtalk mit Armin Schuster
19:30 Uhr | Theater Tempus Fugit,
Lörrach

10. November 2018

Scheckübergabe SOS-Kinderdorf Schwarzwald
10:30 Uhr | Sulzburg

11. November 2018

10-jähriges Jubiläum der Synagoge Lörrach
14:00 – 15:00 Uhr | Rainstraße, Lörrach

30. November 2018

Eröffnung Weihnachtsmarkt in Weil am Rhein
18:00 Uhr | Altweiler Lindenplatz